



# **DIE GRÜNE ALTERNATIVE**

## **RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS**

Wien, am 12.1.2012

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Sitzung der Bezirksvertretung des 15. Bezirkes am 15. September 2011 folgenden

### **Resolutionsantrag**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich dafür aus, dass es hinsichtlich der Erlaubniszonen für Prostituierte zu gemeinsamen wienweiten Lösungen kommt und sich nicht das Floriani-Prinzip durchsetzt.

Da die selbständige Arbeit der Prostituierten nicht mit dem Bereich Menschenhandel gleichgesetzt werden kann, unterstützt die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus einen differenzierten Diskurs und unterstützt Maßnahmen der Polizei gegen den Menschenhandel.

#### **Begründung:**

Prostitution ist eine soziale Wirklichkeit. Wir werden sie nicht abschaffen, auch nicht fördern, sondern bestmögliche Bedingungen im Sinne aller Beteiligten schaffen. Das neue Prostitutionsgesetz verfolgt das Ziel, Anrainerinnen zu entlasten, da zukünftig Straßenprostitution im Wohngebiet nicht erlaubt ist. Weitere Ziele sind, sichere Arbeitsbedingungen und verstärkte Kontrollen durch ein Genehmigungsverfahren von Prostitutionslokalen zu erreichen. Ebenso wird das Ziel verfolgt, geeignete und zumutbare Bereiche für die Straßenprostitution zu finden. Dies erfolgt nach gemeinsam erarbeiteten Kriterien (sanitär, sozialarbeiterisch, verkehrstechnisch) des Steuerungsteams durch die Polizei. Der Bezirk wird durch das Anhörungsrecht um seine Stellungnahme gebeten. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn die Interessen aller Beteiligten bestmöglich berücksichtigt werden.

Wenn alle Bezirksvertretungen bekunden, dass Problemlösungen nötig sind, aber nicht im eigenen Bezirk, wird es zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Situation kommen.

Eine Verdrängung würde zu mehr Problemen sowohl für die betroffenen Sexarbeiterinnen als auch für die AnrainerInnen führen. Die Sexarbeiterinnen sind einer größeren Gewalt und Abhängigkeit ausgeliefert und weder für Streetwork noch für die Polizei erreichbar.

Die selbständige Arbeit der Prostituierten kann nicht mit dem Bereich Menschenhandel gleichgesetzt werden. Hier unterstützt die Bezirksvertretung einen differenzierten Diskurs und unterstützt Maßnahmen der Polizei gegen den Menschenhandel.

Christian Tesar

Waltraut Antonov

Grüne Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus

SPÖ		GRÜNE		FPÖ		ÖVP	
ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein